

Diplomausbildung Journalismus 2020–2022

Aufnahmeprüfung 2019

Allgemeinwissen

Pseudonym: _____ (nicht Ihr Name)

Sie haben 120 Minuten Zeit, um die vorliegenden Aufgaben (in beliebiger Reihenfolge) zu lösen. Beachten Sie bei der Zeiteinteilung die zu vergebenden Punkte (total 120), sie sind bei den Aufgaben jeweils in eckigen Klammern angegeben. Wir gehen also von einer Beschäftigung von ca. 1 Minute pro Punkt aus.

Bitte schreiben Sie Ihre Antworten leserlich in den vorgesehenen Raum. Wenn nötig, können Sie für jeweils jede Aufgabe, die Sie bitte genau angeben, ein Zusatzblatt verwenden. Legen Sie die Zusatzblätter der Prüfung bei, jedes wiederum mit Ihrem Pseudonym (nicht Ihrem Namen) versehen.

Wenn Sie wollen, können Sie auf die Rückseite des letzten Prüfungsblattes eine Rückmeldung zur Prüfung zu Händen der Prüfungsredaktion schreiben. Danke!

Wir wünschen gutes Gelingen.

A. Zeitgeschehen	20 Punkte
B. Geschichte	20 Punkte
C. Wirtschaft und Recht	20 Punkte
D. Politische Bildung	20 Punkte
E. Gesellschaft und Kultur	20 Punkte
F. Medien	20 Punkte
<hr/> Total	120 Punkte

A. Zeitgeschehen

A1 Internationale Politik und Wirtschaft

- a) Wer sitzt hier am runden Tisch? Nennen Sie die Namen und/oder Funktionen der Vertreter. In welcher Gruppierung sind sie hier zusammengekommen? Und wer fehlt? [2]



*Shinzo Abe (J), Donald Trump (USA), Emmanuel Macron (F), Angela Merkel (D), Justin Trudeau (Can), Boris Johnson (UK), Donald Tusk (EU: Beobachterstatus), Giuseppe Conte (I).
G7 in Biarritz (F).
Wladimir Putin (Russland) fehlt (G8).*

[Anmerkung: Wir haben das Logo «G7» aus der Tischmitte wegretuschiert.]

- b) Was bezwecken die Organisationen, die mit den folgenden Kürzeln bezeichnet werden? [2]

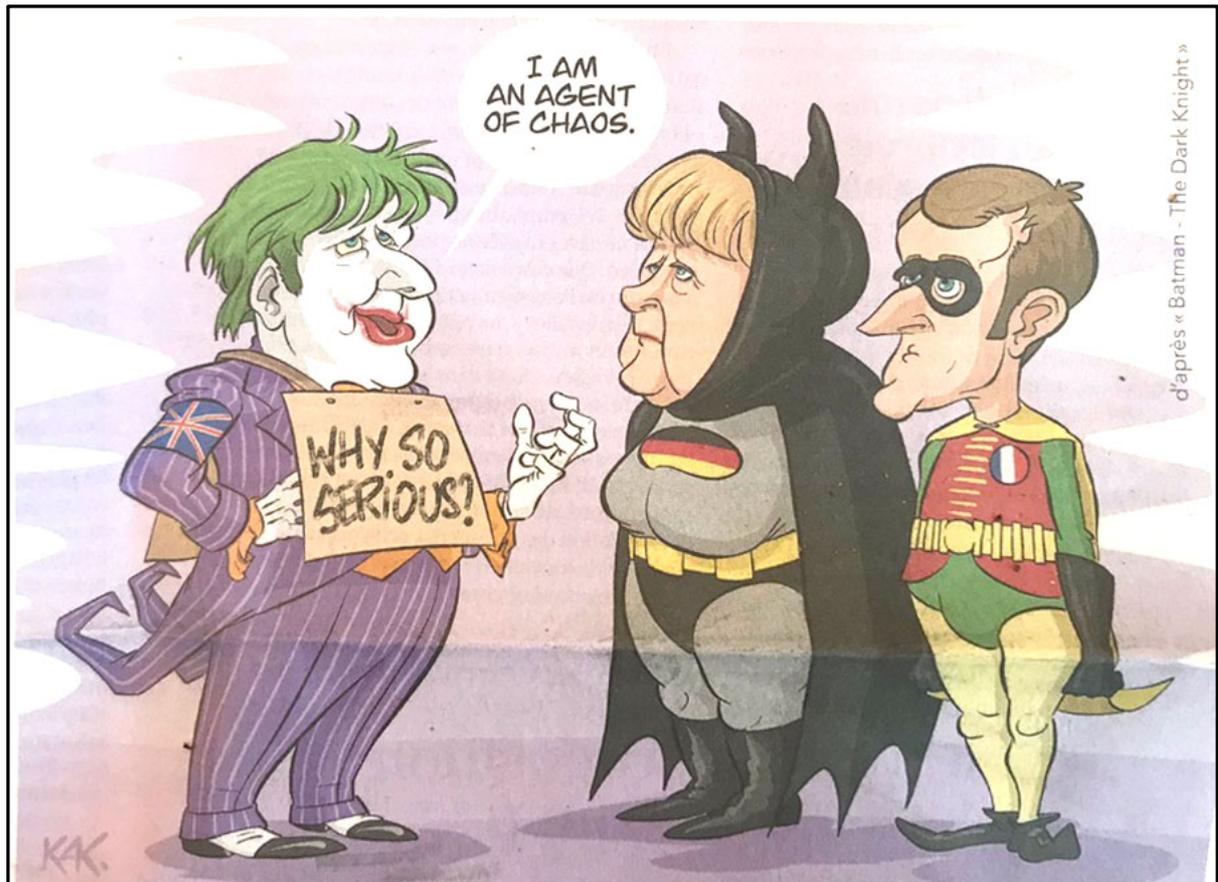
ai Amnesty International: Menschenrechte

WWF World Wide Fund For Nature (bis 1986 World Wildlife Fund): Umwelt-/Tierschutz

MSF Médecins Sans Frontières / Ärzte ohne Grenzen: Med. Hilfsorganisation

ICANN Internet Corporation for Assigned Names and Numbers: Internet-Org.

A2 Eine Karikatur



a) Erklären Sie diese Karikatur. [2]

Boris Johnson, Prime Minister UK als unruhestiftender Joker («Why so serious?», «Batman – The Dark Knight»), Merkel-Batman mit Macron-Robin als EU-Vertreter; Brexit- und Parlaments-Chaos (Backstop als besonderer Konfliktherd)

b) Das britische Parlament wurde vom 10. September bis zum 10. Oktober 2019 «in die Ferien geschickt», wie es hieß (sogenannte «Prorogation»: Unterbrechung der laufenden Sitzungsperiode). Was war mutmasslich der Zweck dieser Aktion? Warum ist sie scharf kritisiert worden? Weshalb wurde das Ziel doch nicht erreicht? [3]

Prime Minister Boris Johnson wollte sein Ziel, den Brexit Ende Oktober auch ohne Abkommen mit der EU (No-Deal-Brexit) durchzuführen, nicht vom Parlament torpedieren lassen. Das Beenden oder Unterbinden der Parlamentsdebatte zum Erlangen politischer Ziele wird aber als missbräuchliche Verwendung der Prorogation gesehen, erst recht bei dieser langen Dauer (Speaker John Bercow: «Constitutional Outrage»).

Das Parlament hat jedoch vor Beginn des Unterbruchs ein Gesetz verabschiedet, das die Regierung dazu verpflichtet, bei der EU eine Verschiebung des Austritts zu beantragen, falls bis Ende Oktober kein Abkommen verabschiedet wird.

c) Welche Grenze gab und gibt in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union am meisten zu reden, und warum? [1]

Die Binnengrenze (Schengen/Dublin) zwischen Irland und Nordirland wird mit dem Brexit zur EU-Aussengrenze, an der z. Bsp. Kontrollen durchgeführt und Zölle erhoben werden müssten, beide Seiten profitieren aber von den aktuellen Freizügigkeiten.

d) Wie nennt man die Regierungsform im Vereinigten Königreich? Welche Rolle kommt dem Staatsoberhaupt, dem König oder der Königin – zur Zeit Elisabeth II. – zu? [1]

Parlamentarische Monarchie (nach konstitutioneller Monarchie): der Königin kommen nur repräsentative und beratende Funktionen zu (obwohl sie die Prorogation zu verkünden hatte).

A3 Globale Herausforderungen

Rangliste 1 (Schweiz: Rang unbekannt: 38.85)

1.	Volksrepublik China	10354	21.	Thailand	312
2.	Vereinigte Staaten	5414	22.	Spanien	273
3.	Indien	2274	23.	Taiwan	263
4.	Russland	1617	24.	Malaysia	249
5.	Japan	1237	25.	Kasachstan	253
6.	Deutschland	798	26.	Ägypten	219
7.	Iran	648	27.	Ukraine	202
8.	Saudi-Arabien	601	28.	Argentinien	194
9.	Südkorea	592	29.	Vietnam	184
10.	Kanada	557	30.	Vereinigte Arabische Emirate	177
11.	Indonesien	537	31.	Venezuela	175
12.	Brasilien	515	32.	Irak	172
13.	Mexiko	472	33.	Pakistan	171
14.	Südafrika	462	34.	Niederlande	162
15.	Vereinigtes Königreich	417	35.	Algerien	150
16.	Australien	400	36.	Philippinen	113
17.	Türkei	386	37.	Usbekistan	109
18.	Italien	361	38.	Nigeria	104
19.	Frankreich	340	39.	Kuwait	102
20.	Polen	316	40.	Belgien	100

Rangliste 2 (Schweiz: Rang 59: 4.6)

1	Katar	30,77	21	Tschechien	9,60
2	Curaçao	25,92	22	Niederlande	9,23
3	Kuwait	22,25	23	Japan	9,04
4	Bahrain	20,80	24	Deutschland	8,88
5	Vereinigte Arabische Emirate	20,69	25	Finnland	8,28
6	Gibraltar	18,99	26	Belgien	8,11
7	Saudi-Arabien	16,34	27	Singapur	8,07
8	Australien	16,00	28	Irland	7,87
9	Trinidad und Tobago	15,47	29	Seychellen	7,85
10	Vereinigte Staaten	14,95	30	Polen	7,63
11	Brunei	14,94	31	Israel	7,46
12	Kanada	14,91	32	Südafrika	7,41
13	Luxemburg	14,51	33	Republik Zypern	7,39
14	Oman	14,27	34	Österreich	7,20
15	Kasachstan	12,92	35	Iran	7,02
16	Estland	12,44	36	Malaysia	6,93
17	Turkmenistan	12,18	37	Libyen	6,88
18	Südkorea	11,50	38	Norwegen	6,78
19	Taiwan	10,98	39	Slowenien	6,58
20	Russland	9,97	40	Volksrepublik China	6,57

- a) Hier sehen Sie zwei Ranglisten, die sich auf die Höhe des CO₂-Ausstosses der jeweiligen Länder beziehen. Diese Ranglisten benutzen unterschiedliche Werte (Rangliste 1 links: Millionen Tonnen insgesamt, Rangliste 2 rechts: Tonnen pro Kopf). Erklären Sie, was die Ranglisten abbilden, und formulieren Sie einen Gedanken, der sich daraus ergibt. [3]

Der CO₂-Ausstoss sollte nicht nur an den absoluten Zahlen gemessen bzw. beurteilt werden. «Reiche» Länder produzieren offenbar mehr CO₂ pro Kopf, das dadurch (auch) ein Indikator für Luxus sein könnte. Und gerade reichen Ländern fällt es leichter, ihren (höheren) CO₂-Ausstoss zu kompensieren.

Wahrscheinlich wird der absolute CO₂-Ausstoss von Industrienationen auch «für andere Länder» produziert.

- b) In Rangliste 1 finden sich in den ersten 15 Rängen auch fünf Staaten, die zu einer Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften gehören (und deren CO₂-Ausstoss in den letzten Jahren teilweise stark angestiegen ist). Markieren Sie diese fünf Länder eindeutig in Rangliste 1 und geben Sie an, wie diese Gruppe genannt wird. [1]

Brasilien (12), Russland (4), Indien (3), China (1) und Südafrika (14) [BRICS]

oder:

China (1), Indien (3), Brasilien (12), Mexiko (13) und Südafrika (14) [G5-Schwellenländer]

[Punkt auch, wenn Gruppe nicht genannt wird.]

A4 Schweizerische Politik

- a) «Ohne die wirksame und konsequente Durchsetzung des Lohnschutzes würde unser Lohnniveau in sensiblen Bereichen einbrechen. Wir müssen unser wirksames und erfolgreiches Schutzdispositiv nicht nur verteidigen, sondern auch weiterentwickeln können, wenn dies notwendig wird.» (Paul Rechsteiner, Ständerat Kanton St. Gallen, SP)

Erklären Sie, vor welchem Hintergrund Paul Rechsteiner den Lohnschutz verteidigt. [2]

Institutionelles Rahmenabkommen EU-Schweiz mit unter anderem der Problematik des Lohnschutzes und flankierender Massnahmen. Paul Rechsteiner als Gewerkschafter und Vertreter der SP sieht den Lohnschutz mit dem Rahmenabkommen in seiner jetzigen Form in Gefahr.

- b) «Tabubruch: FDP will mit Verboten das Klima retten» (Tages-Anzeiger, 23. Mai 2019)
«Delegierte malen die FDP grün an» (Luzerner Zeitung, 22. Juni 2019)
«Ob die FDP willens und fähig ist, es durchzuziehen, wird sich zeigen» (Watson, 1. Juli 2019)

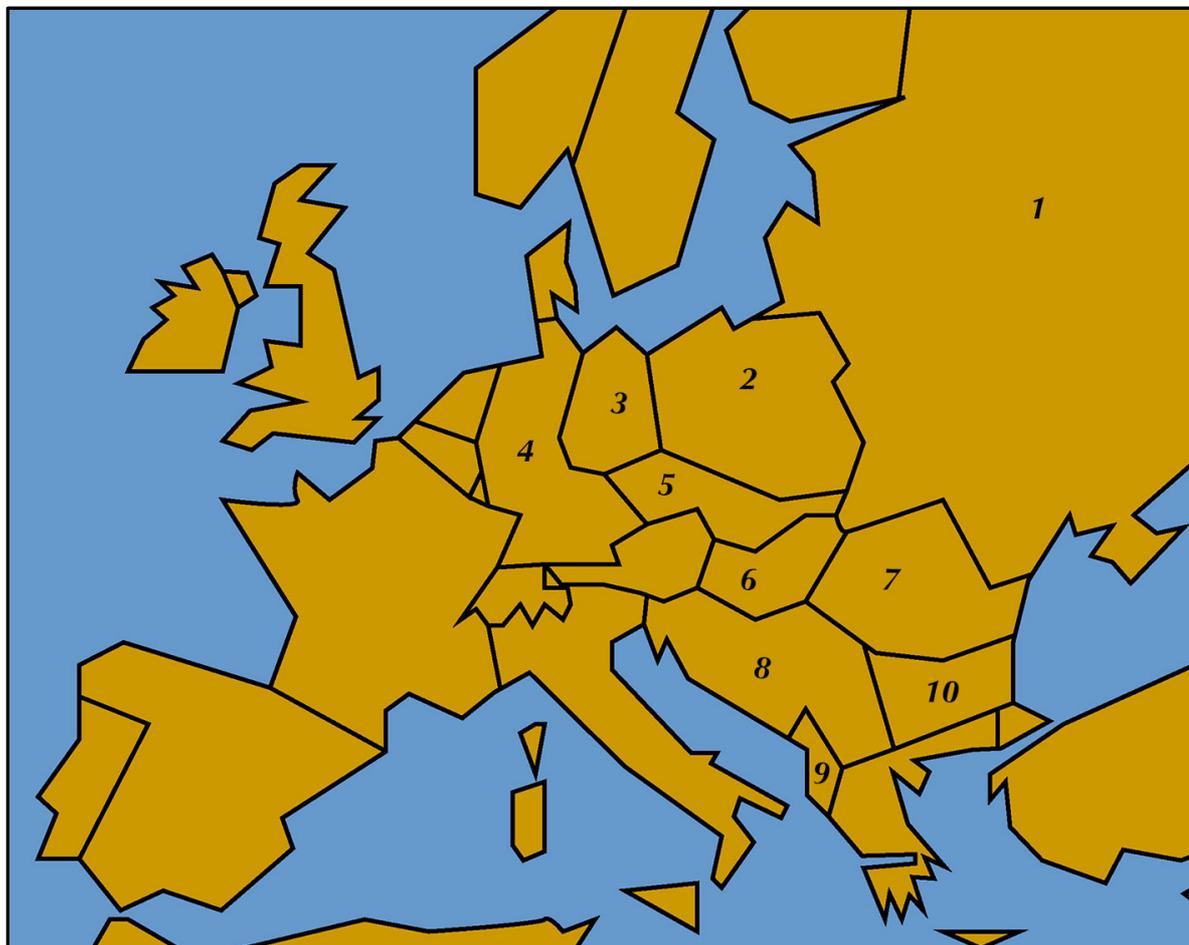
Worauf beziehen sich diese Zitate? Wie ist ihr teilweise zweifelnder Ton zu erklären? Wer leitet die FDP Schweiz? [3]

FDP-Klimapapier: Das Umschwenken der FDP auf grüne(re) Positionen wird nicht von allen als glaubwürdig angesehen – die FDP hatte sich in den letzten Jahren eher gegen strengere Klimaschutz-massnahmen ausgesprochen. Die Delegierten der FDP Schweiz stellten sich an ihrer Versammlung (22. Juni 2019) dann aber hinter die Präsidentin Petra Gössi.

B. Geschichte**B1 Weltgeschichte**

1989

- a) Hier sehen Sie eine abstrahierende Karte Europas vor 1989. Benennen Sie fünf der nummerierten Länder von damals mit ihren Hauptstädten in der Tabelle darunter. [1]



Land	Hauptstadt
1 Sowjetunion	Moskau
2 Polen	Warschau
3 DDR	Berlin
4 Bundesrep. Dtl.	Bonn
5 Tschechoslowakei	Prag

Land	Hauptstadt
6 Ungarn	Budapest
7 Rumänien	Bukarest
8 Jugoslawien	Belgrad
9 Albanien	Tirana
10 Bulgarien	Sofia

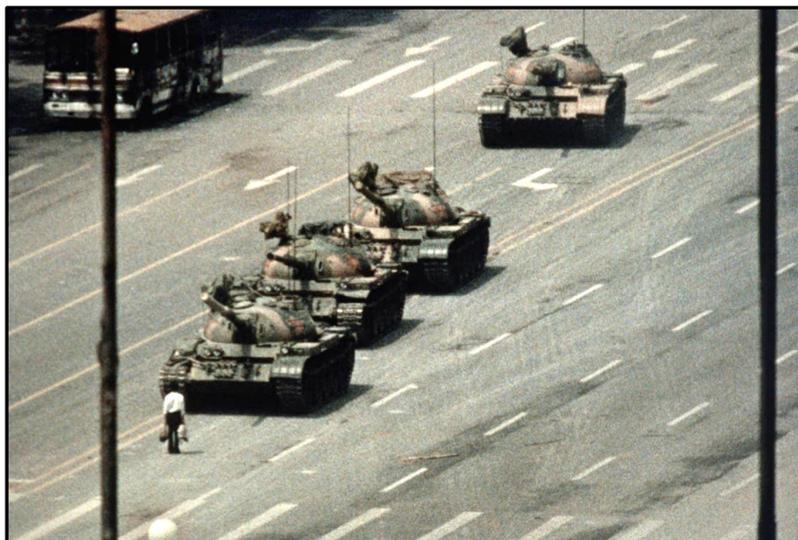
- b) Zeichnen Sie die ungefähren Grenzen von vier europäischen Ländern, die es als solche vor 1989 noch nicht gab, direkt in der Karte ein, beschriften Sie diese Länder mit den Buchstaben A–D und benennen Sie in der nachfolgenden Tabelle diese Länder und deren Hauptstädte. [2]

Land	Hauptstadt
A	
B	

Land	Hauptstadt
C	
D	

c) Während die Länder Europas und der Sowjetunion von Demokratisierungswellen erfasst wurden, schlug das Regime der Volksrepublik China im Juni 1989 die Bestrebungen von vor allem Studierenden nach Öffnung der Gesellschaft und nach Demokratie gewalt-sam nieder.

Das nebenstehende Bild mit dem unbekanntem «Tank Man», der sich mit seinen Taschen vor eine Panzerkolonne stellte, hat inzwischen Kultstatus.



In welcher Stadt spielte sich das Massaker ab – und wonach ist es benannt?

[1]

Peking, Tiananmen-Platz / Platz zum Tor des himmlischen Friedens.

d) Hongkong, vormals britische Kronkolonie, gehört seit 1997 als Sonderverwaltungszone ebenfalls zur Grossmacht China. Hongkong macht seit einiger Zeit mit Unruhen von sich reden. Wogegen wehren sich die jüngsten Proteste, was fordern die Demonstrierenden?

[1]

Rückzug der von der Regierung Hongkongs vorgeschlagenen Gesetzgebung zur Auslieferung (gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen).

Allgemeines Wahlrecht, Bewahrung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Allgemein gegen die Einflussnahme Chinas bzw. gegen die Nähe der Hongkong-Regierung zu China.

Gegen Polizeigewalt, mögliche Verwicklungen der Polizeikräfte mit Kriminellen.

e) Nennen Sie eine Aktion der Protestbewegung, die Ihnen besonders aufgefallen ist.

[1]

Augenbinden (Erinnerung an Augenverletzung durch Polizeigewalt), Menschenketten, Begrüssung mit Plakaten am Flughafen durch das Personal der Hongkonger Flugges. Cathay Pacific usw.

f) Im April 2019 war Bundespräsident Ueli Maurer auf Staatsbesuch in China. Im Dossier des eidgenössischen Finanzdepartements heisst es zu dieser Reise: «Der Besuch in China diene dazu, die sehr guten Beziehungen der Schweiz mit China weiter zu vertiefen.» Gesprächsthema lieferten die chinesische «Belt and Road Initiative» und die Erweiterung des Freihandelsabkommens.

Worum geht es bei der «Belt and Road Initiative»?

[1]

Auch One Belt, One Road: Projekte der Volksrepublik China im interkontinentalen Handels, v. a. in Bezug auf die Infrastruktur (Verkehr usw.) zwischen China und weiteren Ländern Asiens und anderer Kontinente (Afrika, Europa).

Finden Sie, dass Schweizer Regierungsvertreter trotz wirtschaftlicher Interessen die Menschenrechtslage gegenüber China vermehrt und deutlicher ansprechen sollten? Warum, warum nicht? Nennen Sie je zwei Pro- und Contra-Argumente.

[2]

Pro:

Menschenrechte müssen eingefordert werden; die Schweiz (auch als UN-Standort) gilt als wichtige Verteidigerin dieser Rechte. Die wirtschaftlichen Interessen können hierbei als Druckmittel genutzt werden. Menschenrechte sind keine «inneren Angelegenheiten».

Contra:

Wirtschaftliche Entwicklung ist ein Motor für die Menschenrechte und kann/muss diesen vorangehen. Die Gefährdung bilateraler Beziehungen und diplomatische Verstimmungen erschweren den weiteren Diskurs – auch über die Menschenrechte. Menschenrechte sind «innere Angelegenheiten».

B2 Historische Kenntnisse

- a) Die folgenden Jahreszahlen markieren historische Ereignisse. Schreiben Sie zu den Jahreszahlen die Buchstaben der passenden Ereignisse. [1]

1519	F	A	In Versailles erhält die deutsche Delegation den Entwurf des Friedensvertrages der Alliierten zur Beendigung des Ersten Weltkriegs ausgehändigt.
1619	G	B	In Kuba siegt die Revolution unter Fidel Castro.
1719	C	C	Der Roman «Robinson Crusoe» von Daniel Defoe wird veröffentlicht.
1919	A	D	Mit dem deutschen Angriff auf die Westerplatte in Danzig beginnt der Polenfeldzug und damit der Zweite Weltkrieg.
1939	D	E	Zweite Vereidigung des 44. US-Präsidenten Barack Obama.
1959	B	F	Ulrich Zwingli wird Leutpriester am Grossmünster in Zürich.
1989	H	G	Der atlantische Sklavenhandel erreicht den nordamerikanischen Kontinent. Die ersten 20 schwarzen Sklaven treffen in Jamestown (Virginia) ein.
2009	E	H	Mit dem Fall der Berliner Mauer erlangen die DDR-Bürger Reisefreiheit.

- b) Nachdem 1961 der Russe Juri Gagarin als erster Mensch im Weltall war («Wostok 1»), verkündete US-Präsident John F. Kennedy das Ziel, einen Menschen zum Mond und wieder zurück zur Erde bringen zu wollen. Seit den 1950er-Jahren war es zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion zum sogenannten «Wettlauf ins All» gekommen. Erklären Sie, was darunter zu verstehen ist und welche Motive dabei verfolgt wurden. [2]

Die UdSSR hatte den ersten Menschen ins Weltall gebracht, wettlaufartig inszenierte technische Entwicklung der Raumfahrt.

Propagandistische Motive: technische Überlegenheit und Überlegenheit des Gesellschaftssystems aufzeigen.

Militärische Motive: Kalter Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion: Weltraum als Schauplatz des Wettrüstens.

- c) In welchem Jahr glückte schliesslich die erste bemannte Mondlandung («Apollo 11»)? Nennen Sie auch ein Mitglied der damaligen Besatzung. [1]

1969 (50 Jahr-Jubiläum): Neil Armstrong, Buzz Aldrin, Michael Collins.

B3 Die Schweiz und Europa

- a) Wie stehen die nachfolgend aufgeführten Parteien zum Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU)? Kreuzen Sie an! [1]

Partei	Ja zum EU-Beitritt	Nein zum EU-Beitritt
BDP	<input type="checkbox"/>	X
CVP	<input type="checkbox"/>	X
FDP	<input type="checkbox"/>	X
Grüne	<input type="checkbox"/>	(X)
Grünliberale	<input type="checkbox"/>	X
Lega dei Ticinesi	<input type="checkbox"/>	X
SP	X	<input type="checkbox"/>
SVP	<input type="checkbox"/>	X

- b) Am 1. Juli 2019 machte die EU ihre Drohung wahr und liess die Schweizer Börsenäquivalenz auslaufen. Was versteht man unter Börsenäquivalenz? [2]

Weil die Schweiz nicht zur EU gehört, muss die EU die Schweizer Börsengesetze als gleichwertig anerkennen. Tut sie das nicht, werden alle Aktienhändler und Investoren aus dem EU-Raum vom Schweizer Handelsplatz abgeschnitten. D. h. es ist Handelsplätzen mit Sitz in der EU untersagt, den Handel mit Papieren von Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz anzubieten.

- c) Was war der Grund für diese Massnahme? [2]

Streit um das Rahmenabkommen; die EU warf dem Bundesrat vor, keine ernsthaften Versuche unternommen zu haben, um die von Ueli Maurer geforderten Präzisierungen rund um das Rahmenabkommen auszuarbeiten, der politische Wille, das Rahmenabkommen rasch zu unterzeichnen, sei nicht zu erkennen.

B4 Die Schweiz und die Welt

- a) Auf welchen Anlass und welchen Bundesratsbeschluss spielt die folgende Karikatur an? [1]



Philipp Morris hätte Hauptsponsor des Schweizer Pavillons an der Weltausstellung 2020 in Dubai werden sollen. Dies führte zu massiver Kritik aus dem In- und Ausland, insbes. von Präventionsexperten. Bundesrat Ignazio Cassis (selber Arzt: Master in Public Health) überprüfte das Sponsoring erneut und gab anschliessend bekannt, dass er auf die Gelder des Tabakmultis verzichtet.

- b) Was sprach aus Schweizer Sicht dafür, respektive dagegen, das Sponsoring zuzulassen? Nennen Sie je 2 Pro- und Contra-Argumente. [1]

Pro:

- Alle Gesetze im Bereich der Werbung sind eingehalten. Kein Grund, das Sponsoring abzusagen.
- Solange keine Gratismuster abgegeben werden, stellt ein Sponsoring alleine noch keine Gefahr für die BesucherInnen dar.
- Wird das Sponsoring abgesagt, fehlt die Hälfte des Budgets (7.5 Mio CHF) – Risiko, dass das Sponsoringziel nicht erreicht werden kann.
- Absage könnte bedeuten, dass sich Cassis von Aktivisten und Journalisten beeinflussen lässt.
- Bei der Expo 2015 zählten auch Nestlé und Syngenta zu den Sponsoren. Schwierig zu sagen, wann ein Unternehmen aus moralischen Gründen nicht Sponsor sein darf.

Contra:

- Positives Image der Schweiz gefährdet.
- Der Staat steht in der Verantwortung, seine Bevölkerung vor Krankheit und Tod zu schützen, die durch Tabakkonsum verursacht werden. Sponsoring durch Tabakindustrie würde dem Präventionsauftrag von Regierungen und internationalen Organisationen diametral entgegenlaufen.
- Tabak-Sponsoring ist an Weltausstellungen untersagt (WHO-Beschluss).
- Der Zigarettenhersteller profitiert vom Image der Schweiz. Dies ist stossend, da Rauchen zu vielen Krankheiten führen und gar tödlich sein kann.
- Philipp Morris ist ein US-amerikanischer Tabakkonzern und hat mit der Schweiz nicht viel zu tun.

C. Recht und Wirtschaft

C1 Recht

- a) Welche der nachfolgenden Kürzel stehen für Schweizer Gesetze oder Verordnungen? Und falls es Schweizer Gesetze oder Verordnungen sind: Wofür stehen die Kürzel? [1]

Kürzel	Schweizer Gesetz? Wofür steht das Kürzel (falls Gesetz)?
StGB	<input checked="" type="checkbox"/> <u>Strafgesetzbuch</u>
EJPD	<input type="checkbox"/> _____
Art.	<input type="checkbox"/> _____
OR	<input checked="" type="checkbox"/> <u>Obligationenrecht</u>
AHVV	<input type="checkbox"/> _____
GATT	<input type="checkbox"/> _____
DSG	<input checked="" type="checkbox"/> <u>BG über den Datenschutz</u>
BVG	<input checked="" type="checkbox"/> <u>BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge</u>

0.25 pro richtigem Häkchen, 0.25 pro annähernd richtiger Nennung.

- b) Die nachfolgend aufgeführten Zitate stammen aus dem *Arbeitsgesetz* (ArG), dem *Erwerbsersatzgesetz* (EOG), dem *Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs* (SchKG), sowie dem *Zivilgesetzbuch* (ZGB). Kreuzen Sie die korrekten Quellen (Kürzel) an. [2]

Der Entschädigungsanspruch entsteht am Tag der Niederkunft. Bei längerem Spitalaufenthalt des neu geborenen Kindes kann die Mutter beantragen, dass die Mutterschaftsentschädigung erst ausgerichtet wird, wenn das Kind nach Hause kommt.

ArG, EOG, SchKG, ZGB

Geschiedene Ehegatten haben zueinander kein gesetzliches Erbrecht und können aus Verfügungen von Todes wegen, die sie vor der Rechtshängigkeit des Scheidungsverfahrens errichtet haben, keine Ansprüche erheben.

ArG, EOG, SchKG, ZGB

Schwangere dürfen auf blosser Anzeige hin von der Arbeit fernbleiben oder die Arbeit verlassen. Stillenden Müttern ist die erforderliche Zeit zum Stillen freizugeben.

ArG, EOG, SchKG, ZGB

Die Verwertung hängender oder stehender Früchte darf ohne Zustimmung des Schuldners nicht vor der Reife stattfinden.

ArG, EOG, SchKG, ZGB

0.5 pro richtigem Kreuz.

c) Wir diskutieren zwei Fälle. Begründen Sie Ihre Antworten.

Johannes fährt nach einer WG-Party ziemlich angetrunken mit seinem Fahrrad nach Hause. Unterwegs wird er von einer Polizeipatrouille angehalten. Nach einem Alkoholtest, der 0.9 Promille anzeigt, beschlagnahmen die Polizisten sein Velo, stellen ihm eine Busse aus und entziehen ihm seinen Auto-Fahrausweis. Hat sich die Polizei richtig verhalten? Begründen Sie. [2]

1 Punkt pro nachvollziehbarem, korrektem Beispiel

Ja, das Velo kann beschlagnahmt und eine Busse ausgestellt werden.

Aber nein, den Auto-Fahrausweis muss man nicht abgeben, wenn man betrunken Velo fährt.

Ausnahme: Wenn die Behörden in Zusammenhang mit dieser Kontrolle feststellen, dass der Fahrer alkoholabhängig ist, kann es zum Ausweis-Entzug kommen. Ist jemand schon mehrmals mit mehr als 1.5 Promille auf dem Velo erwischt worden oder mit 2.5 Promille überhaupt noch dazu in der Lage, Velo zu fahren, ist die Wahrscheinlichkeit einer Alkoholabhängigkeit hoch.

Maxine ist 23 Jahre alt und Medizinstudentin. Sie erhält ein ansehnliches Stipendium, das aber nicht alle Studienkosten deckt. Den Rest bezahlen ihre Eltern, obwohl sie sich dadurch finanziell einschränken müssen. Sind sie dazu verpflichtet? Wieso bzw. wieso nicht? [1]

Ja, sie sind dazu verpflichtet. Hat ein volljähriges Kind noch keine angemessene Ausbildung, haben die Eltern für seinen Unterhalt aufzukommen, bis eine entsprechende Ausbildung abgeschlossen werden kann. Die gymnasiale Matura ist keine Erstausbildung, die zur Berufsausübung befähigt. Wenn das Kind danach ein Studium an der Uni wählt, müssen die Eltern von Rechts wegen in der Regel bis zum Masterabschluss Ausbildungsalimente leisten.

d) Infantino – Lauber

Bundesanwalt Michael Lauber geriet wegen mindestens drei Treffen mit Gianni Infantino unter Druck. Wer sind diese beiden Personen? [1]

Michael Lauber: Bundesanwalt

Gianni Infantino: FIFA-Präsident

Was ist das Problem dieser Treffen? [1]

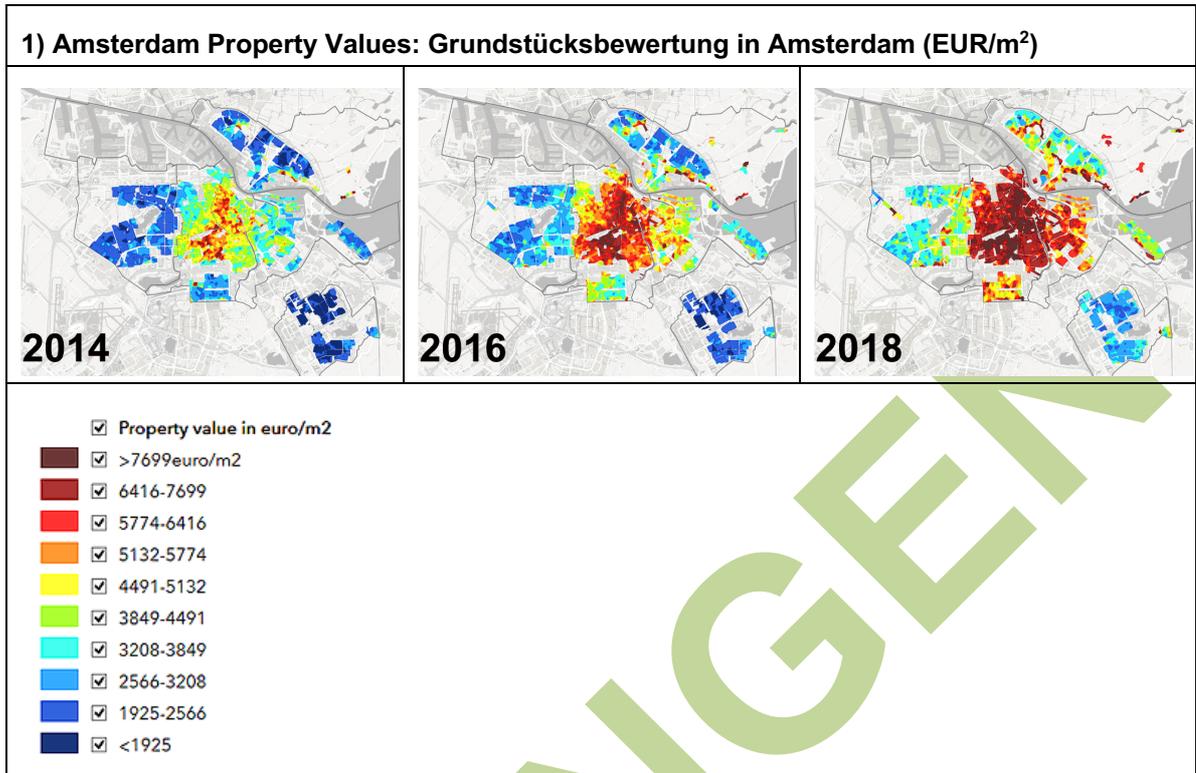
Gegen Infantino läuft ein Verfahren. Lauber hätte sich deshalb nicht mit Infantino treffen dürfen, ohne diese Treffen zu protokollieren und als Teil des offiziellen Verfahrens auszuweisen. Durch die geheimen Treffen verletzte die Bundesanwaltschaft die Verfahrensregeln der Strafprozessordnung: Mit dem Gebot, alle Verfahrensbeteiligten gleich und gerecht zu behandeln und ihnen das rechtliche Gehör zu gewähren, lässt sich die von Bundesanwalt Lauber im konkreten Verfahren gewählte Vorgehensweise nicht vereinbaren.

Mitte Juni verlangte das Bundesstrafgericht, dass Michael Lauber ab sofort in den Ausstand treten müsse. Er sei als «befangen» zu betrachten, heisst es im Urteil. Was bedeutet «Befangenheit»? Erklären Sie in eigenen Worten. [1]

Nicht unabhängig aufgrund von Interessenskonflikten: Zustand des eingeschränkten (nicht unabhängigen) Urteilsvermögens aufgrund einer speziellen persönlichen Sachlage, oder eingeschränktes Urteilsvermögen aufgrund von einseitig bewerteter, nicht in ausgewogenem Verhältnis vorliegenden Informationen.

C2 Wirtschaft

Für eine Reportage, die Sie fürs Wirtschaftsressort schreiben sollen, schickt Ihnen der Ressortleiter folgende Grafiken zu Amsterdam. Studieren Sie die Darstellungen genau.



a) Was bedeuten die beiden Darstellungen?

[2]

Aussage zu 1)

Von 2014 bis 2018 haben die Preise der Wohnungen in Amsterdams Innenstadt stark zugenommen.

Aussage zu 2)

Im ungefähr selben Zeitraum nahmen die Suchanfragen nach Airbnb-Unterkünften in Amsterdam stark zu. Auch das Angebot entsprechender Unterkünfte auf der Plattform wuchs in dieser Zeit stark.

b) Welchen Zusammenhang deckt die Gegenüberstellung von a) und b) auf?

[1]

Kausaler Zusammenhang: Wegen der erhöhten Nachfrage nach Airbnb-Wohnungen stiegen die Wohnungspreise in der Innenstadt von Amsterdam von 2014 bis 2018 markant an.

c) Wie lässt sich dieser Zusammenhang mit Hilfe eines bekannten wirtschaftlichen Grundprinzips erklären? Nennen Sie das Prinzip, die einzelnen Faktoren und geben Sie an, wie sie sich laut den Grafiken von 2014 bis 2018 verändert haben.

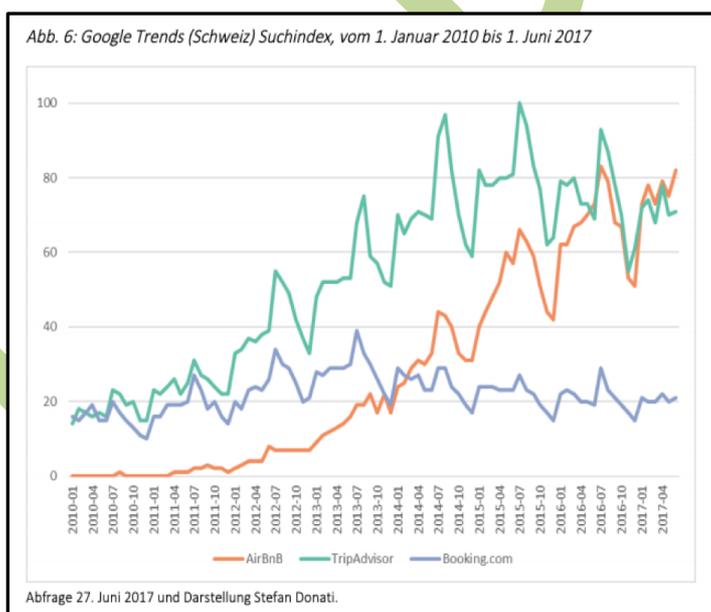
[3]

Prinzip von Angebot und Nachfrage:

- Nachfrage nach Airbnb-Wohnungen steigt
- Gleichzeitig ist in der Innenstadt nicht davon auszugehen, dass mehr Wohnungen geschaffen werden (Angebot bleibt gleich).
- Resultat: die Wohnungspreise steigen.

d) Für einen Folgebericht recherchieren Sie, wie die Lage in der Schweiz aussieht. Dabei treffen Sie auf die folgende Grafik. Was sagt die Darstellung über die Nachfrage nach Hotels und Airbnb-Unterkünften in der Schweiz aus?

[2]



Die Nachfrage nach Hotels (hier: Booking.com) ist konstant geblieben, die Nachfrage nach Airbnb-Unterkünften hat in der Schweiz von 2010–2017 jedoch exponentiell zugenommen.

e) Mit verschiedenen Vorstössen im Stadt- und Kantonsrat und der Kampagne «Kinderwagen statt Rollkoffer – Stopp Airbnb» kritisieren die beiden Luzerner SP-Politiker David Roth und Cyrill Studer insbesondere die kommerziellen Anbieter von Airbnb-Wohnungen. Erklären Sie die negativen Auswirkungen, die der sogenannte «Airbnb-Effekt» auf folgende Anspruchsgruppen haben kann. [1.5]

Anwohner:

- *Steigende Mieten aufgrund hoher Nachfrage, Wohnraumverknappung in Innenstädten*
- *Kein nachbarschaftliches Verhältnis mehr, negative Auswirkungen auf Quartierleben*

Hotelbranche:

- *Weniger Nachfrage nach Hotelzimmern: Preise müssen gesenkt werden, was zu weniger Umsatz führt, Sparmassnahmen wie z. Bsp. Entlassungen müssen eingeleitet werden: Erhöhte Arbeitslosigkeit.*

Kanton/Staat:

- *Hotels bezahlen Unternehmenssteuern sowie Kurtaxen für jede Übernachtung. Dies wird bei Airbnb-Unterkünften meist nicht gemacht, was steuerliche Einbussen zur Folge hat.*

f) Um solche negativen Auswirkungen einzudämmen, haben mehrere Grossstädte (San Francisco, Amsterdam, Paris u. a.) bereits Gesetze erlassen, die die Vermietung von Airbnb-Unterkünften limitieren. Auch in der Schweiz haben einige Kantone Regulierungen vorgenommen. Beispielsweise will die Berner Stadtregierung die temporäre Vermietung von Berner Altstadt-Zweitwohnungen verbieten, und in Genf dürfen Mieter ihre Wohnung nur noch während maximal 60 Tagen pro Jahr über Plattformen wie Airbnb untervermieten.

Airbnb selber sowie viele Airbnb-Vermieter wehren sich gegen solche regulatorischen Massnahmen. Welche Argumente bringen Sie vor? Nennen Sie drei Argumente, weshalb der Staat aus Sicht von Airbnb nicht regulatorisch eingreifen sollte. [1.5]

- *Regulierung hemmt Innovation von Business Modellen*
- *Der Staat sollte sich wenn möglich nicht in die freie Marktwirtschaft einmischen*
- *Ferienwohnungen gab es schon vorher. Airbnb kann als neuer Absatzkanal insbesondere in Bergregionen helfen, Ferienwohnungen zu vermieten.*
- *Regulation & Kontrollen bedeuten auch bürokratischer Mehraufwand der zuständigen und damit höhere Staatsausgaben*
- *Eine Regulierung für alle bringt nichts. Man müsste Privatpersonen und kommerzielle Airbnb-Angebote von Ferienwohnungsdiensten unterschiedlich betrachten und unterschiedliche Regeln festlegen*

D. Politische Bildung

D1 Staatskenntnisse und Bürgerrechte, Bürgerpflichten

- a) Im Mai 2019 wurde das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung vom Stimmvolk angenommen. Gegner monierten eine Verletzung des Grundsatzes der «Einheit der Materie», wie sie von der Bundesverfassung gefordert wird. Erklären Sie, was Einheit der Materie heisst, und erfinden Sie ein Beispiel, bei dem die Einheit der Materie verletzt wäre. [2]

Die Initiative darf nicht Begehren beinhalten, die in sich widersprüchlich sind oder so verschieden sind, dass die Stimmbürger ihren politischen Willen nicht frei und unverfälscht bilden und äussern können. Es muss zwischen den einzelnen Teilen einer Abstimmungsvorlage ein sachlicher Zusammenhang bestehen.

- b) Erklären Sie den Unterschied zwischen dem Bundesgericht und dem Bundesverwaltungsgericht. [2]

Das Bundesgericht ist die letzte Instanz in Zivil-, Straf- und Verwaltungssachen, das Bundesverwaltungsgericht dagegen ist eine untere Instanz in Verwaltungssachen des Bundes, vergleichbar mit kantonalen Verwaltungsgerichten. Urteile des Bundesverwaltungsgerichts können an das Bundesgericht weitergezogen werden.

- c) Welche der folgenden Grundsätze gehören zur Schweizerischen Rechtsordnung? Kreuzen Sie die zutreffenden Grundsätze an. [1]

<input checked="" type="checkbox"/> Treu und Glauben	<input type="checkbox"/> Gesagt ist gesagt	<input checked="" type="checkbox"/> Vertrauensprinzip
<input checked="" type="checkbox"/> Keine Strafe ohne Gesetz	<input checked="" type="checkbox"/> Rechtsgleichheit	<input type="checkbox"/> Zweiquellenregel
<input type="checkbox"/> Auge um Auge	<input type="checkbox"/> Wer zuerst kommt, mahlt zuerst	<input checked="" type="checkbox"/> Eine behauptete Tatsache hat zu beweisen, wer daraus Rechte ableitet

- d) Im Herbst 2019 wurden die Mitglieder der vereinigten Bundesversammlung für die neue Legislaturperiode gewählt. Aus welchen Räten setzt sich die Bundesversammlung zusammen, und wieviele Mitglieder sind in diesen Räten jeweils? [1]

200 Nationalräte, 46 Ständeräte.

- e) Der Nationalrat wird im Proporzverfahren gewählt, der Ständerat und die meisten kantonalen Regierungen im Majorzverfahren. Beide Wahlarten haben Vor- und Nachteile. Nennen Sie je zwei Stärken beider Verfahren. [2]

Vorteile Proporz:

Breitere Verteilung der gewählten Vertreter auf die Parteien und Interessengruppen (Minderheitenschutz). Bei Rücktritten sind keine Nachwahlen nötig.

Vorteile Majorz:

Einfacheres Verfahren (keine Listenverbindungen u. ä.). Übersichtlicher (keine Unmengen von Kandidatinnen und Kandidaten).

- f) «Gäbe es bei den Nationalratswahlen nicht 26 kantonale, sondern nur einen einzigen nationalen Wahlkreis – vom Boden- bis zum Genfersee –, würden die kleinen Parteien weitestgehend profitieren, während die mittleren und grossen Volksparteien wie SVP, SP, FDP und CVP im Vergleich zu heute schlechter gestellt würden. [...] Die grössten Änderungen wären dabei in den Kleinkantonen zu erwarten, da hier die Wählerschaft bisher nur eine beschränkte Parteilistenwahl hatte.»
(Adrian Vatter, Professor für Politikwissenschaft an der Uni Bern, in der NZZ vom 20. August 2019)

Erklären Sie diese Hypothese.

[2]

Die Beschränkung in kleinen Wahlkreisen – mit weniger Sitzen – macht die etablierten grossen Parteien mit den besten Resultaten zu Siegern, die kleineren Parteien gehen leer aus; es gilt quasi ein «all or nothing». Die Stimme für eine Vertreterin oder einen Vertreter einer unterlegenen Partei trägt so faktisch nur zur Erhöhung des Wähleranteils ohne Sitzgewinn bei, stellt sich also als wirkungslos heraus, während dieselbe Stimme ohne Beschränkung durch Wahlkreise zusammen mit Stimmen aus anderen Regionen zu einem Sitzgewinn beitragen könnte.

- g) Erklären Sie die folgenden Begriffe in Stichworten:

[1]

Panaschieren:

Zusammenführen von Kandidatinnen/Kandidaten unterschiedlicher Wahllisten.

Kumulieren:

Mehrere (zwei) Stimmen werden für einen Kandidaten abgegeben.

Listenverbindung:

Mehrere Listen können eine Listenverbindung (und Unterlistenverbindungen) eingehen; der Wähleranteil von Listen (Parteien) wird zusammengezählt.

- h) Im politischen Spektrum der Parteien wird heute vor allem zwischen «links» und «rechts», «liberal» und «konservativ» unterschieden. Erklären Sie, wofür diese vier Positionen grundsätzlich stehen und nennen Sie zu jeder eine konkrete, typische politische Forderung.

[4]

<p>Links: <i>Für eine soziale Umverteilung zwischen Arm und Reich, für den Ausbau des Sozialstaates und überhaupt für ein starkes Engagement des Staates für soziale Gerechtigkeit</i></p>	<p>Typische Forderung: <i>Staatliche Krankenkasse, stark progressive Steuern, starke AHV/Volkspension usw.</i></p>
<p>Rechts: <i>Für Eigenverantwortung und private Vorsorge, starke Betonung von Ruhe und Ordnung, positive Haltung zu Verteidigung, Polizei und Staatsschutz.</i></p>	<p>Typische Forderung: <i>Starke Armee, Ausbau der Polizei, keine Umverteilung durch den Staat, tiefe Steuern, zurückhaltende Sozialleistungen.</i></p>
<p>Liberal: <i>Für grosse wirtschaftliche Freiheit ohne viel Einschränkungen durch den Staat, für internationale Zusammenarbeit, offene Haltung gegenüber Immigranten und für Reformen in politischen und gesellschaftlichen Fragen</i></p>	<p>Typische Forderungen: <i>Günstige Rahmenbedingungen für Wirtschaft wie Zollabbau, günstiges Steuerklima, Anerkennung von Gesellschaftsformen wie gleichgeschlechtliche Ehe</i></p>
<p>Konservativ: <i>Für nationale Unabhängigkeit und restriktive Migrationspolitik, Festhalten am Bestehenden</i></p>	<p>Typische Forderungen: <i>Keine Beteiligung und insbes. Abtretung von Kompetenzen an internationalen Organisationen, insb. EU, hohe Hürden für Einwanderung und Einbürgerung</i></p>

D2 Schweizer Politik aktuell

a) Innert Jahresfrist kamen unter anderem nachfolgende Vorlagen zur Abstimmung. Nennen Sie die drei Anliegen, erläutern Sie je ein Pro- und Contra-Argument – und kreuzen Sie an, ob die Abstimmung angenommen oder abgelehnt wurde. [3]

			
Anliegen	«Hornkuh-Initiative» für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere	Zersiedelungsinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung»	Übernahme der Richtlinie zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie
PRO	Das Horn ist ein Teil des Körpers. Als durchblutetes und empfindsames Organ dient es Kühen und Ziegen zur Kommunikation, dem Stoffwechsel und der Körperpflege. Die Enthornung ist offenbar ein schmerzhafter Eingriff. Kein Enthornungsverbot, sondern finanzielle Unterstützung der entsprechenden Landwirte.	Zersiedelung verschandelt das Landschaftsbild. Wird sie gestoppt, steigt die Lebensqualität. Aktuelles Raumplanungsgesetz reicht für Landschaftsschutz nicht aus. Die vorhandenen Baulandreserven sind so gross, dass es auch in Zukunft genug Wohnraum geben wird. Initiative schafft Anreiz, Bauland effizienter zu nutzen. Mittel, die ungebremste Überbauung der Landschaft zu stoppen	Schutz von Menschenleben ist wichtiger, als die Freiheit, Waffen zu tragen. Nein würde Schweizer Assoziierung zu Schengen/Dublin gefährden. Mit der neuen EU-Richtlinie ändert sich nichts für den Traditionssport der Schützen. Es wird niemand entwaffnet.
CONTRA	Landwirtschaftsbetriebe werden in ihrer unternehmerischen Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Das Anliegen gehört nicht in die Verfassung. Die Fokussierung auf das Horn fördert das Wohl der Tiere nur teilweise. Anbindehaltung (mit höherer Verletzungsgefahr) könnte Laufstallhaltung aufgrund der Mehrkosten für behornete Tiere ablösen.	Das neue Raumplanungsgesetz bekämpft die Zersiedelung bereits genug. Bauzonen-Stopp ist zu starr und zu zentralistisch. Entwicklung und Ansiedlung von Unternehmen sowie landwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten werden eingeschränkt. Grundstücks-/Wohnungspreise könnten steigen.	Bundesrat gibt der EU unnötig nach Richtlinie ist nutzlos. Soll als Massnahme gegen islamistischen Terrorismus dienen, bisher wurde aber noch kein einziger Anschlag mit einer legal erworbenen Waffe verübt Richtlinie führt zu viel unnötiger Bürokratie auf den Waffenbüros. Die verschwendeten Mittel fehlen dann der Polizei im Einsatz.
Resultat	<input type="checkbox"/> angenommen <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> angenommen <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt

- b) Diesen Sommer wählte die Bundesversammlung zwei neue Bundesrichter. Die Gerichtskommission schlug für einen abtretenden SVP-Bundesrichter eine CVP-Kandidatin vor, obwohl die SVP am Bundesgericht untervertreten ist. Das sorgte für rote Köpfe. Erläutern Sie, weshalb. [1]

Die Judikative soll die politische Zusammensetzung der Legislative spiegeln.

Parteienproporz: Jede Partei hat gemäss ihrer Wählerstärke Anspruch auf Sitze in den Gerichten. Je grösser der Wähleranteil, umso mehr Richtersitze.

- c) Der letzte parteilose Bundesrichter wurde 1943 gewählt. Das Kriterium der Parteizugehörigkeit wurde jüngst von der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (Greco) und durch die Initianten der Justiz-Initiative kritisiert. Was spricht für und was spricht gegen das Kriterium der Parteizugehörigkeit bei Bundesrichterwahlen? Nennen Sie je zwei Pro- und Contra-Argumente. [1]

Pro:

- *Transparenz: Jede Richterin, jeder Richter hat eigene Wertvorstellungen, die mit der Parteizugehörigkeit verortet werden können.*
- *Eine einseitige Auslegung der Gesetze und eine einseitige Rechtssprechung werden verhindert.*
- *Es wird verhindert, dass Richter beliebig gewählt werden können.*
- *Die Judikative soll die politische Zusammensetzung der Legislative spiegeln.*

Contra:

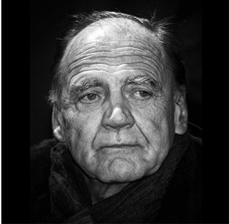
- *Fachliche und persönliche Qualifikation sollte über die Zulassung bestimmen und nicht die Parteizugehörigkeit.*
- *Es ist fraglich, ob RichterInnen wirklich unabhängig sind, wenn sie einer Partei angehören und deswegen gewählt werden.*
- *Nicht mehr zeitgemäss: Viele Leute engagieren sich heutzutage nicht mehr in einer Partei, sondern anderweitig in sozialen Bewegungen für die Gesellschaft (z. Bsp. Operation Libero).*
- *Wertehaltungen können sich im Laufe der Zeit auch verändern. Deshalb erfolgt aber nicht immer gleich ein Parteiwechsel.*

E. Gesellschaft und Kultur

E1 Personen des öffentlichen Lebens

Wer ist abgebildet? Oder welche Tätigkeit oder Funktion üben die Personen aus (Stichwort)?

[4]

 <p><i>Bruno Ganz (†) Schauspieler (Träger des Iffland-Rings)</i></p>	 <p><i>Jacques Herzog , Pierre de Meuron Architekten (Elbphilharmonie, Roche- Turm, Tate Gallery of Modern Art, Bird's Nest)</i></p>
 <p><i>Tamy Glauser Model und vorübergehend NR-Kandidatin (GP)</i></p>	 <p><i>Hans-Ulrich Bigler abgewählter Nationalrat (FDP), Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands SGV</i></p>
 <p><i>Lara Dickenmann Fussball-Nationalspielerin (Spielerin des Jahres: 2004, 2011–2014, 2016– 2018)</i></p>	 <p><i>Karin Keller-Sutter Bundesrätin (FDP, EJPD)</i></p>
 <p><i>Stefan Büsser Moderator und Comedian</i></p>	 <p><i>Loredana [Zefi] Rapperin, Influencerin; MTV-Award-Gewinnerin 2019</i></p>
 <p><i>Sibylle Berg Schriftstellerin, Dramatikerin, nominiert Schweizer Buchpreis 2019</i></p>	 <p><i>Büne Huber Sänger «Patent Ochsner»</i></p>

E2 Welt im Wandel: «Wenn Frau will, steht alles still!»

a) Nach 28 Jahren fand am 14. Juni 2019 zum zweiten Mal in der Schweiz ein Frauenstreik statt. Folgend einige Eckdaten in der Entwicklung zur angestrebten Geschlechtergleichstellung. Füllen Sie die Lücken. Benutzen Sie für die Jahreszahlen die folgende Auswahl: [1]

1921, 1971, 1984, 1988, 1996, 2005

Das Frauenstimmrecht wurde in der Schweiz auf nationaler Ebene 1971 eingeführt.

Als erste Frau wurde Elisabeth Kopp in den Bundesrat gewählt. Das war im Jahr 1984.

Der Mutterschaftsurlaub wurde in der Schweiz 2005 eingeführt

b) Kreuzen Sie an: Wie hoch lag der Anteil der Frauen an den Studierenden mit Bildungsherkunft Schweiz, die ihr Studium 2010 an einer universitären Hochschule aufgenommen haben? [1]

unter 45 Prozent zwischen 45 und 55 Prozent über 55 Prozent

c) Wissen Sie es? Sonst schätzen Sie: Wie hoch ist der Anteil der Frauen im Nationalrat nach den Wahlen 2019? Zum Vergleich: Der Frauenanteil in der Legislaturperiode 2015–2019 lag im Nationalrat bei 32 Prozent. [1]

42 Prozent

E3 Korrektes Zitieren

Wer hat was gesagt? Schreiben Sie hinter die Zitate die Buchstaben für die richtigen Urheber. [4]

Mit dem Mandat sind wir aktiv als Brückenbauer zwischen zwei Ländern, die Mühe haben in ihren Beziehungen.

B

A: Jair Bolsonaro, Präsident Brasiliens

Die Schweiz ist genial, Europa ist uns egal. Allein und gemein – so wollen wir Schweizer sein.

F

B: Ignazio Cassis, Departementsvorsteher EDA

Die Probleme [...] auf dem G7-Gipfel diskutieren zu wollen, ohne die Länder der Region zu beteiligen, lässt aber auf eine kolonialistische Denkweise schliessen.

A

C: Letitia James, Generalstaatsanwältin New Yorks, zur Opioid-Krise

Das Buch «Die Ibiza-Affäre» ist eine Richtigstellung und damit eine mich auch rehabilitierende Darstellung der Entstehung des Ibiza-Videos [...].

E

D: Carrie Lam, Regierungschefin Hongkongs, auf einer den Medien zugespielten Aufnahme

Diese Familie [Sackler] hat einen nationalen Brand angefacht, und Brandstifter sollten keine Ratschläge zur Feuerverhütung erteilen.

C

E: Heinz-Christian Strache, eh. Vizekanzler Österreichs

Grönland steht nicht zum Verkauf.

H

F: Dominic Deville, Komiker

Wenn ich die Wahl hätte, würde ich sofort zurück treten und mich in aller Form entschuldigen.

D

G: Boris Johnson, Premierminister Grossbritanniens

Einen weiteren Aufschub verlangen? Ich lande eher tot in einem Graben.

G

H: Mette Frederiksen, Ministerpräsidentin Dänemarks

[0.5 für jede richtige Paarung]

E4 Tour de Suisse

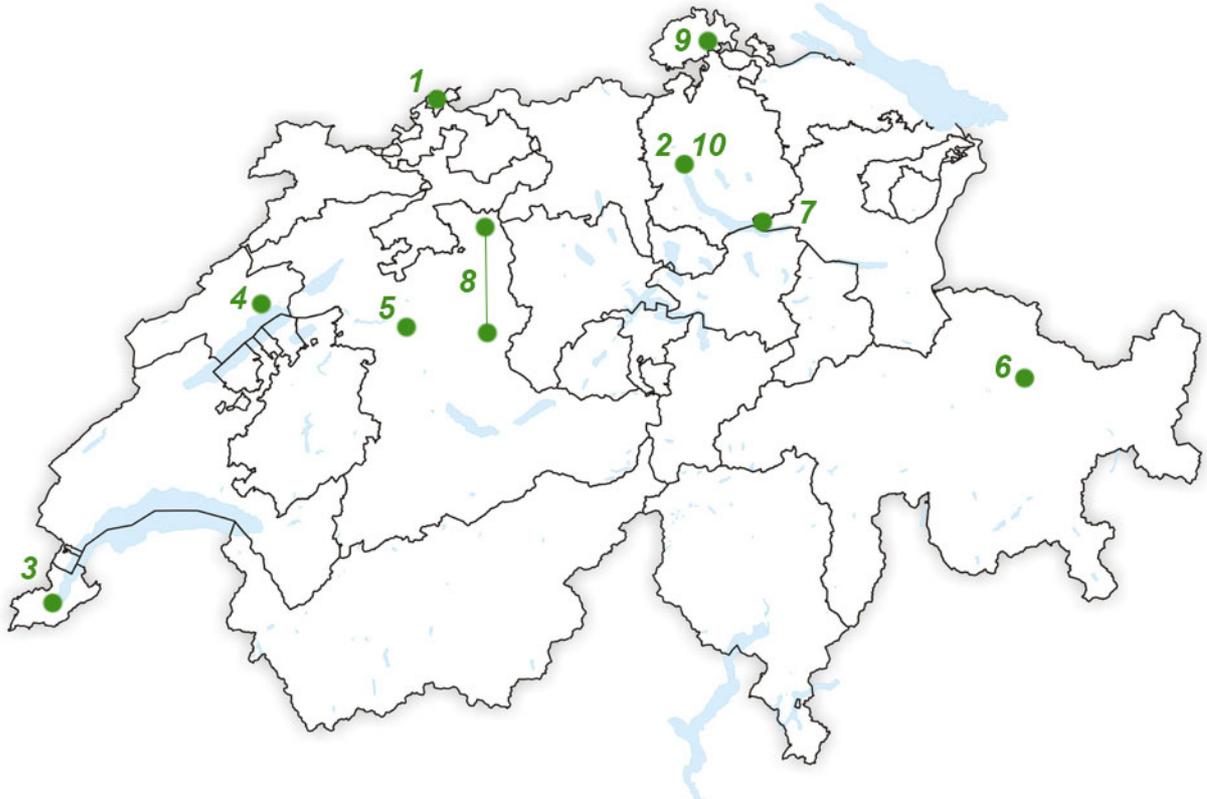
Wir reisen zu den Sportfans in der Schweiz. Schreiben Sie zu den aufgeführten Sportclubs die jeweilige Sportart dazu. Zeichnen Sie die Nummern der Clubs möglichst ortsgetreu bei ihren Heimspielstätten in der Schweizer Karte ein. [3]

1) FCB, 2) GC, 3) Servette, 4) Xamax, 5) YB: Sportart Fussball

6) HCD, 7) Lakers, 8) SCL: Sportart Eishockey

9) Kadetten: Sportart Handball

10) Voléro: Sportart Volleyball



E5 Sport

a) Gleich aus mehreren Gründen sorgte die Fussball-WM der Frauen in Frankreich diesen Sommer für Aufsehen. Neben den Zuschauermassen in den Stadien und vor dem Fernseher sowie dem hohen sportlichen Niveau gaben auch Nebenschauplätze zu reden, bei denen die folgenden Begriffe eine Rolle spielten: *Rapinoe*, *Preisgeld*, *White House*, *Trump*. Erläutern Sie zwei der damit angetönten Themen. [2]

Das Preisgeld der Frauen-Fussball-WM gab zu reden, da die Frauen nur rund ein Zehntel dessen erhielten, was den Männern ein Jahr zuvor von der Fifa und Präsident Infantino ausgeschüttet wurde.

Bereits vor dem Endspiel sagte die Leaderin des schliesslich siegreichen US-Teams, Megan Rapinoe, in einem Interview, dass sie bei einem allfälligen Triumph nicht in das «fucking White House» gehen, auch wenn sie Präsident Trump einladen würde.

b) Füllen Sie den Lückentext mit der richtigen Auswahl aus den Namen und Begriffen im Kasten. [2]

drei, vier, fünf, Aderlass, Doping, Ineos, Egan Bernal, Dario Cologna, Novak Djokovic, Roger Federer, Chris Froome, Johannes Klaebo, Geraint Thomas, Frankreich, Kolumbien, London, Norwegen, Österreich, Paris, Seefeld, Serbien, Wales, Wimbledon

Bei der nordischen Ski-WM Anfang Jahr in Seefeld (Tirol) kam es zu einem der grössten Doping-Skandale der letzten Jahre, in der Folge «Operation Aderlass» genannt. Gleich mehrere Athleten wurden während der Wettkämpfe ausgeschlossen, unter anderem auch Sportler aus dem Austragungsland Österreich. Schweizer waren in den Verstrickungen nicht beteiligt, doch auch sportlich konnten diese nicht für Schlagzeilen sorgen. Teamleader Dario Cologna verpasste das Podest zwei Mal nur knapp. Die grosse Figur war wie erwartet Johannes Klaebo aus Norwegen, der drei Mal Gold gewann.

Auch beim wichtigsten Tennis-Event der Welt, dem Rasenturnier von Wimbledon in London gab es keinen Überraschungssieger: Novak Djokovic aus Serbien schlug in einem dramatischen Endspiel Roger Federer in fünf Sätzen und holte sich seinen 16. Grand-Slam-Titel. Er ist somit nur noch vier Siege von der Rekordmarke seines Finalgegners entfernt.

Ganz Kolumbien konnte es nicht glauben, als der Landsmann Egan Bernal beim wichtigsten Radrennen der Welt als Sieger über die Ziellinie auf den Champs-Élysées in Paris fuhr. Der Triumph kam überraschend, war er doch nur der Co-Leader im Team Ineos, neben dem Vorjahressieger Geraint Thomas aus Wales. Nicht am Start war der Dominator der vergangenen Jahre, Chris Froome. Dieser war wenige Wochen vor dem Start so schwer gestürzt, dass er für die Grosse Schlaufe durch Frankreich forfait geben musste.

c) E-Sports gewinnt immer mehr an Popularität. Das Messen von Athleten an den Konsolen ist zum Milliardenbusiness geworden, wobei sich auch immer mehr Sportclubs vor allem aus dem Bereich Fussball mit eigenen Athleten an den virtuellen Wettkämpfen beteiligen. Erläutern Sie je mit einem Argument, was für und was gegen Investitionen in E-Sports durch einen Sportclub spricht. Und erklären Sie in einem Satz, warum Sie persönlich finden, dass E-Sports ein Sport oder eben kein richtiger Sport ist. [2]

Pro Investitionen in E-Sports:

Leichte Einnahmequelle, gute Vermarktung – vor allem im extrem schnell wachsenden asiatischen Raum –, einfache Verbreitung übers Internet.

Contra Investitionen in E-Sports:

Nicht mit den Grundvorstellungen eines Clubs und der Fans vereinbar, extrem starker Kommerzgedanke, Geld wird in Bereiche investiert, die den Club aus sportlicher Sicht nicht weiterbringen.

Sind E-Sports eine richtige Sportart?

E-Sports ist Sport: Die Athleten müssen etliche Stunden in der Woche trainieren, müssen in körperlicher Bestform sein, es gibt Taktiken und Techniken zu erlernen, man muss Talent haben (nicht jeder kann E-Sportler werden), es gibt Wettkämpfe und Meisterschaften, wobei ganze Stadien gefüllt werden, attraktiv für Sponsoren.

E-Sports ist kein Sport: Die Athleten bewegen sich nicht (keine Ertüchtigung), müssen über keine besonderen körperlichen Voraussetzungen verfügen. Vorbildfunktion fraglich.

F. Medien

F1 Medienlandschaft Schweiz

a) Schweizer Journalismus: Benennen Sie die folgenden Journalistinnen und Journalisten und geben Sie die Medien und/oder Sendungen an, für welche die Journalistinnen und Journalisten arbeiten. [5]



Annette Fetscherin

SRF Sportmoderatorin



Sandro Brotz

SRF Arena (vorher Rundschau)



Roger Köppel

Die Weltwoche



Mona Vetsch

*SRF1: Der Club u. a.;
Radio SRF3: Mona am Montag*



Jonas Projer

Blick TV (vorher SRF Arena)

- b) Stetig stossen neue Medien und Produkte in den Medienmarkt Schweiz vor, vor allem online. Beschreiben Sie das Zielpublikum und den «unique selling point» (USP) der drei aufgeführten «neuen» Medien. Erläutern Sie in einem weiteren Punkt konkret, wie sich die Finanzierung dieser «neuen» Medien von den traditionellen Medien und Zeitungen unterscheiden. [5]

Izzy Magazin

Junges Publikum, vor allem über Instagram und Youtube, keine News-Verbreitung, Mix aus Blödel-Videos und ernsthaften, gesellschaftlichen Themen z. Bsp. Interview: Wie ist es, als Blinder zu leben?

Nau

Junges bis mittelaltes Publikum, News über Online-Site, aber auch längere Hintergrundgeschichten. Dazu News in öffentlichen Verkehrsmitteln wie Bussen. Spezialisiert auf Aktualität und Primeure, von Politik bis Sport.

Republik

Junges bis altes Publikum, lange Recherchestücke, keine Newsgeschichten. Qualität geht vor Quantität: Nur zwei bis drei neue Artikel pro Tag.

Finanzierung:

Immer weniger Menschen sind heute bereit, ein Zeitungsabo zu zahlen. Da sich Zeitungen über Abos und Anzeigen finanzieren, fällt daher immer mehr finanzielle Sicherheit weg. Online-Medien haben die Möglichkeit, durch Bezahlschranken Gelder zu generieren, oder sie verkaufen ausschliesslich Werbeflächen und bieten den gesamten Content gratis an. Die Republik zum Beispiel verfolgt eine andere Strategie. Mit einem Betrag von 240 Franken kann man Mitglied der Genossenschaft Project R werden, und sich somit als Teil einer Art Revolutionären Bewegung sehen. Gestartet ist die Republik mit einem Crowdfunding. Auf der Republik-Homepage kann man auch gratis Probelesen oder monatweise ein Abo lösen. Immer mehr Medien stellen ihre Abozahlungen um, von einer jährlichen Gebühr zu einer monatlichen oder sogar zu einer tageweisen Bezahlung. So können Interessierte kurzfristig entscheiden, ob sie für Content zahlen wollen oder nicht (Abo à la Netflix). Dies mindert die Planungssicherheit der Medien, könnte aber dazu führen, dass sich wieder mehr Menschen Medien leisten wollen.

F2 Entwicklungen

Das Zürcher Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) machte Ende 2018 in einer ausführlichen Studie darauf aufmerksam, dass rund die Hälfte aller Jugendlichen heute kein Interesse mehr am Konsum von News haben. 53 Prozent der 16- bis 29-jährigen Befragten dieser Studie gelten als sogenannte «Newsverweigerer».

Geben Sie zwei Erklärungen dafür ab, warum die junge Generation immer weniger News konsumiert und erläutern Sie, was das für die klassischen Medienhäuser bedeutet bzw. wie diese darauf reagieren können. [4]

Gründe:

Gründe: Aktualität über Social Media. Angst vor Fake-News. Kein Interesse an News, da immer grösseres Angebot (Übersichtlichkeit geht verloren, Überforderung). Angst vor Korruption (Politischer Einfluss). Ständige Schwarzmalerei.

Bedeutung und Möglichkeiten:

Mehr Hintergrundberichte und weniger News. News gratis anbieten, Geld mit Recherchen schaffen. Informationsquellen offenlegen. Multimedial arbeiten (nicht nur Texte, sondern Videos, Bilder, Social Media einbauen).

F3 Medienethik

- a) Im Dezember 2018 sorgte der Skandal um den Journalisten Claas-Hendrik Relotius für Schlagzeilen im deutschen Sprachraum. Erläutern Sie kurz, was sich zugetragen hatte. Schreiben Sie ausserdem, wie ein solcher Fall hätte vermieden werden können und wo dabei die Schwierigkeiten für ein Medienhaus liegen. [3]

Ende 2018 kam heraus, dass der Reportagenschreiber des Spiegels, Claas-Hendrik Relotius, rund ein Fünftel seiner Geschichten zu Teilen oder sogar komplett erfand. Zitate stimmten nicht, Personen kamen in den Texten vor, die es gar nicht gab usw. Nach einer langen Untersuchung gestand Relotius und wurde beim Spiegel entlassen. Die Affäre warf viele Fragen über einen Journalismus auf, bei dem die Schreiber immer mehr unter Druck stehen, in kurzer Zeit immer neue Sensationsgeschichten zu liefern.

Vermieden werden kann ein solcher Skandal durch eine genaue Untersuchung der Informationen und der Quellen, die in einer Reportage vorkommen. Dafür müssen, gerade bei grossen Medienhäusern, Gelder für Abteilungen investiert werden, die ausschliesslich für die Überprüfung der Texte zuständig sind. Schwierig dabei ist, dass die Medienhäuser immer mehr unter Spar- und Zeitdruck stehen. Dazu kommt, dass Informationen aus Ausland-Reportagen schwierig zu überprüfen sind, da die Quellen oftmals nicht zu kontrollieren sind.

- b) Ende November 2018 fragte «Watson» in einer Schlagzeile: «Sind diese 20-Minuten-Titelseiten ethisch bedenklich?» Auf der Frontseite des Pendlersblattes war an diesem Tag ein Minarett abgebildet mit der Aufforderung, die damals aktuelle «Selbstbestimmungsinitiative» anzunehmen. SVP-Nationalrat Andreas Glarner hatte die Umschlagseiten für Fr. 164 500.– gekauft und durfte so über das Erscheinungsbild bestimmen. Bereits zuvor hatte «20 Minuten» etliche Male die Frontseite verkauft, oft an Politiker, die an prominenter Stelle für ihre Meinung werben konnten. Erläutern Sie aus medienethischer Sicht ausführlich die Problematik, die eine solche Massnahme mit sich bringt. Und führen Sie Argumente an, warum sich «20 Minuten» trotzdem für eine Veröffentlichung entschieden hat. [3]



20 Minuten kann so auf einfache Weise viel Geld generieren. Ausserdem argumentierte Tamedia, dass man den Inhalt genau geprüft habe und zum Schluss gekommen sei, dass eine Veröffentlichung in einer basisdemokratischen Kultur unbedenklich sei. Medienethisch ist die Veröffentlichung aber sehr wohl bedenklich: Schliesslich können Politiker, die über grosse finanzielle Möglichkeiten verfügen, relativ einfach Werbung machen und so Wähler gewinnen. Ausserdem ist es wichtig, dass das Verlagshaus (hier Tamedia) den Inhalt der Werbung prüft, sodass Leser bzw. Wähler nicht – wie im Fall der Selbstbestimmungsinitiative – mit Falschinformationen manipuliert werden. Ausserdem hält «20 Minuten» die Trennung zwischen redaktionellem Inhalt und Werbung in diesem Fall nicht ein. Da es sich bei «20 Minuten» um ein Gratismedium mit einem grossen Nachfrageradius handelt, ist die politische Platzierung umso bedenklicher.